

Tim Spier · Felix Butzlaff · Matthias Micus
Franz Walter (Hrsg.)

Die Linkspartei

Tim Spier · Felix Butzlaff
Matthias Micus · Franz Walter (Hrsg.)

Die Linkspartei

Zeitgemäße Idee oder
Bündnis ohne Zukunft?



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage April 2007

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007

Lektorat: Christina M. Brian

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-14941-7

Inhalt

Einleitung	7
<i>Oliver Nachtwey / Tim Spier</i> Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei	13
<i>Tim Spier / Clemens Wirries</i> Ausnahmeerscheinung oder Normalität? Linksparteien in Westeuropa	71
<i>Michael Koß</i> Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen	117
<i>Oliver Nachtwey</i> Im Westen was Neues Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit	155
<i>Matthias Micus</i> Stärkung des Zentrums Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG	185
<i>Felix Butzlaff</i> Als David gegen die Goliaths? Der Wahlkampf der Linkspartei zwischen Protest und Alternative	239
<i>Robert Lorenz</i> Techniker der „kalten Fusion“ Das Führungspersonal der Linkspartei	275
<i>Franz Walter</i> Eliten oder Unterschichten? Die Wähler der Linken	325

Franz Walter

Die Linkspartei zwischen Populismus und Konservatismus

Ein Essay über „Vergreisung als Chance“

339

Verzeichnis der Autoren

345

Einleitung

Im Sommer 2007 wollen sich die Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG) und die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zu einer gemeinsamen Linkspartei zusammenschließen. Durch die Fusion der beiden Organisationen wird mit über 70.000 Mitgliedern und Tausenden von Mandatsträgern in Bund, Ländern und Gemeinden eine Partei entstehen, welche die beiden anderen etablierten Kleinparteien der Bundesrepublik, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, in ihrer Größe übertrifft. Zum Zeitpunkt der Drucklegung des Buches ist die Frage, ob der Zusammenschluss gelingt, zwar noch offen, es zeichnet sich jedoch ab, dass Ende 2007 in der einen oder anderen Form eine gemeinsame Partei existieren wird. Der von teilweise heftigen Kontroversen innerhalb wie zwischen WASG und PDS begleitete Parteibildungsprozess lässt freilich erwarten, dass die rechtlich vereinte Partei erst noch zusammenwachsen muss. Grund genug, sich erstmals in einem wissenschaftlichen Sammelband den Fragen zu widmen, wie es zur Kooperation beider Organisationen kam, was ihren gemeinsamen Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 2005 bewirkte und wo die Chancen und Risiken einer vereinten Partei in der Zukunft liegen werden.

Als sich im Sommer 2005 eine elektorale Kooperation der beiden Parteien abzuzeichnen begann, gingen die Deutungen über die Zukunft eines solchen Zusammenschlusses in der öffentlichen Debatte weit auseinander. Der Titel dieses Buches versucht, die Spannweite der Argumentationsmuster einzufangen. Die größten Erwartungen und Hoffnungen formulierten wohl die Akteure selbst: „Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“. Mit diesem pathetischen Zitat von Victor Hugo zog Oskar Lafontaine in den Wahlkampf, ohne Zweifel mit der Absicht, die vermeintlich historische Dimension einer Kooperation der Linken in Ost wie West herauf zu beschwören. Ähnlich pointiert waren aber auch die Einwürfe ihrer politischen Gegner. Die Linkspartei sei „strategisch ein totgeborenes Kind“, hatte etwa zeitgleich der Grünen-Vorsitzende Reinhard Bütikofer die Medien wissen lassen. Im Rahmen dieses Sammelbandes wollen wir versuchen, die verschiedenen Facetten der Frage, woher die Linkspartei kommt und wie ihre Zukunft aussehen kann, soweit wie möglich jenseits parteipolitischer Voreingenommenheit auszuleuchten.

Die Probleme der Analyse beginnen allerdings schon mit der begrifflichen Fassung des Untersuchungsobjekts. Seit sich vor rund zweieinhalb Jahren im Sommer 2004 zwei Protestinitiativen gegen die Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung zur WASG zusammenschlossen, kursiert die Bezeichnung

„Linkspartei“ durch Redaktionsstuben, Fernsehstudios und Diskussionsrunden. Beschränkte sich der Begriff zunächst auf die WASG, wurde er nahtlos auf die PDS übertragen, als diese nach der Neuwahlankündigung im Mai 2005 in Kooperationsverhandlungen mit der neu gegründeten Wahlalternative trat und sich ein Bündnis von WASG und PDS für die Bundestagswahl abzuzeichnen begann. Um einen gemeinsamen Wahlantritt unter den schwierigen Bedingungen des deutschen Wahlrechts zu ermöglichen, nannte sich die PDS schließlich selbst in Linkspartei um. Und in großen Teilen der Bevölkerung firmiert der Zweierbund noch heute unter dieser Bezeichnung, weshalb wir diesen – ohne dass bereits eine endgültige Festlegung auf einen gemeinsamen Namen der erst noch zu beschließenden Organisationseinheit getroffen worden wäre – in unserem Buch auch allgemein als Chiffre für das Bündnisprojekt verwenden wollen.

Unklarheit herrscht aber auch bei der Bewertung interner Vorgänge bei den Fusionspartnern. Beispielhaft sei hier die Berichterstattung über die jüngsten Parteitage der beiden Partner angeführt. Einerseits sind verschiedene Betrachter der WASG und PDS stets geneigt, große Zerstrittenheit, unüberwindbare Klüfte und immense Sprengkräfte zu vermuten, die das Bündnisprojekt absehbar scheitern lassen würden. Andererseits geraten Berichte von den Parteitagern der beiden Bündnispartner regelmäßig zu Klagen über Diskussionsarmut, Langeweile und allzu folgebereite Parteibasen. Woran das liegt und wie sich diese beiden Deutungen miteinander vereinbaren lassen, ist ungeklärt. Vieles jedenfalls bleibt in den bisherigen Darstellungen nebulös. Gerade die interessantesten Aspekte, das Widersprüchliche, Ambivalente, Offene wurde oftmals übergangen, geglättet, ausgeblendet oder einfach ganz schlicht ignoriert. Dieses Defizit hängt vor allem mit dem jungen Alter des beschreibungsbedürftigen Phänomens zusammen, mit seiner noch kurzen Geschichte und dem Mangel an systematischen und unvoreingenommenen Analysen. Diese Lücke will die folgende Studie füllen. Detailliert sollen daher in einzelnen Aufsätzen die zentralen Voraussetzungen, Aspekte und Entwicklungsstufen des Weges zu einer neuen Linkspartei untersucht werden.

Im Beitrag von Oliver Nachtwey und Tim Spier werden die politischen und sozialen Entwicklungen nachgezeichnet, die ein Potenzial für eine gesamtdeutsche Linke erst geschaffen haben. Die zentrale These ist, dass das Aufkommen des Phänomens Linkspartei nur vor dem Hintergrund des strategisch-programmatischen Wandels der deutschen Sozialdemokratie im Laufe der letzten Jahre zu verstehen ist. Der Regierungskurs Schröders, das frühe Ausscheiden seines Konterparts Lafontaine, das „Schröder-Blair-Papier“ wie auch die „Agenda 2010“ haben zu einer tiefgreifenden Verunsicherung und Enttäuschung bei Teilen der Traditionswählerschaft der SPD geführt. Spätestens mit „Hartz IV“ hat sich die SPD dann – politisch-programmatisch wie habituell – von dieser Klientel

tel verabschiedet. In die so entstandene „Lücke“ im Parteiensystem ist schließlich die Linkspartei 2005 gestoßen.

Der Aufsatz von Tim Spier und Clemens Wirries beschäftigt sich mit der Frage, ob die Situation in anderen westeuropäischen Ländern Rückschlüsse auf die Entstehungs- und Erfolgsbedingungen von Linksparteien zulässt. Am Beispiel von Parteien links der Sozialdemokratie in Schweden, Frankreich, Dänemark und den Niederlanden wird untersucht, inwiefern historische Ursprünge, organisationale und personale Ressourcen und die Konkurrenzstruktur im jeweiligen Parteiensystem, aber auch Programmatik, Außendarstellung und Führungspersönlichkeiten der jeweiligen Linkspartei Einfluss auf deren Wahlerfolge haben.

Im Anschluss an diesen westeuropäischen Exkurs geht der Beitrag von Michael Koß auf die Ausgangslage der PDS ein. Diese stand nach ihrem Scheitern bei der Bundestagswahl 2002 vor einer existenziellen Krise: Aufgrund der Überalterung ihrer Wähler- und Mitgliedsstruktur und der Tatsache, dass sie auch 15 Jahre nach dem Fall der Mauer im Westen der Republik keinen Fuß gefasst hatte, drohte ihr ein „Abschied auf Raten“. Der Autor formuliert dabei die These, dass die heillos zerstrittene PDS letztlich das Scheitern im Westen als „Kollateralschaden“ in Kauf nahm, um sich als Regionalpartei im Osten des Landes halten zu können. Die Krise der Partei wirkte aber gleichzeitig disziplinierend und ermöglichte so ihre elektorale Neubelebung.

Doch ohne die Kooperation mit der gerade im Westen starken WASG wäre dieses Comeback kaum möglich gewesen. Der vierte Beitrag in diesem Sammelband, verfasst von Oliver Nachtwey, beschäftigt sich daher eingehender mit der Entstehung und Entwicklung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit. Es wird einerseits aufgezeigt, aus welchen Motiven heraus sich linke SPD-Mitglieder und Gewerkschafter zu Austritt und Partieneugründung entschlossen, welche Hoffnungen und Ziele sie damit verbanden. Andererseits wird die organisatorische und programmatische Entwicklung der Partei bis zu ihrer ersten Bewährungsprobe, der eigenständigen Kandidatur bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005, nachgezeichnet und analysiert.

Im anschließenden Beitrag von Matthias Micus steht die Fusion von PDS und WASG selbst im Mittelpunkt der Betrachtung. Durch die Gegenüberstellung von Programmatik, Organisationsprinzipien, Mitgliedern, Wählern und Führungsgruppen wird untersucht, inwieweit sich die beiden Bündnispartner ähneln beziehungsweise unterscheiden, ob die elementaren Voraussetzungen für eine erfolversprechende Fusion gegeben sind oder zusammengezwungen wird, was partout nicht zusammenpasst. Dabei wird die These vertreten, dass die beiden designierten Partner in sämtlichen Untersuchungsdimensionen mehr miteinander gemein haben, als üblicherweise angenommen, und von den unzweifelhaft be-

stehenden internen Sprengkräften keine bestandsgefährdenden Bedrohungen ausgehen.

Der Wahlerfolg des Linksbündnisses bei der Bundestagswahl 2005 ist von entscheidender Bedeutung für den weiteren Fusionsprozess hin zu einer einheitlichen Linkspartei. Von den Spitzen beider Parteien wird daraus die Verpflichtung gegenüber den Wählern abgeleitet, nun auf eine gemeinsame Bundestagsfraktion auch eine vereinigte Partei folgen zu lassen. Felix Butzlaff nimmt daher in seinem Beitrag den Wahlkampf des Bündnisses im Sommer 2005 genauer unter die Lupe. Er analysiert, wie sich unter dem Druck angekündigter Neuwahlen eine Liste von WASG und PDS formierte, und wie es ihr gelang, die Wähler vom Bedürfnis einer Partei links von SPD und Grünen im Bundestag zu überzeugen.

Gerade im Zeitalter von mediatisierten und personenzentrierten Wahlkämpfen spielen Führungspersonlichkeiten einer Partei eine große Rolle. Im siebten Beitrag dieses Sammelbandes, verfasst von Robert Lorenz, wird daher ein näherer Blick auf das Spitzenpersonal des Linksbündnisses geworfen. Neben dem Coup, den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Lafontaine für das Bündnis zu gewinnen, werden auch die anderen Spitzen der beiden Parteien, wie Gysi, Bisky und Ernst, betrachtet und die Unterschiede zwischen den beiden Bündnispartnern WASG und PDS herausgearbeitet.

Franz Walter untersucht im Anschluss daran die Wählerschaft des Linksbündnisses. Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem die Veränderungen bei der Bundestagswahl 2005 im Vergleich zum Elektorat der PDS bei vorangegangenen Wahlen. Waren es in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung vor allem die entprivilegierten Eliten der untergegangenen DDR, die die PDS zur Kompensation ihres kulturell-biografischen Abstiegs wählten, so hat der gemeinsame Antritt von WASG und PDS eine bemerkenswerte Transformation bewirkt: Die Linkspartei konnte 2005 gerade bei Arbeitern und Erwerbslosen, gerade in den sozialen Souterrains der Republik reüssieren. Der Autor untersucht auch, inwieweit diese neuen Wählerschichten die Grundlage für die weitere Existenz einer Partei sein können, die sich der kompromisslosen Verteidigung des Sozialstaats verschreibt.

Den Band schließt ein Essay von Franz Walter ab, der die zukünftige Strategie einer Linkspartei zwischen Populismus und Konservatismus diskutiert. Kern ist die These, dass es vermutlich nicht libertäre Radikalität sein wird, die einer vereinten Linkspartei in den nächsten Jahrzehnten einen festen Platz im deutschen Parteiensystem sichert, sondern gerade die vergleichsweise konservative, oftmals populistisch zugespitzte Bewahrung althergebrachter Wohlfahrtsstaatlichkeit. In einer alternden, von Bindungsverlusten geprägten Gesellschaft sieht der Autor gerade darin die Chance der Partei, dass sie Geborgenheitsbe-

dürfnissen nach verlässlichen Gemeinschaften und stabilen Ordnungen nachkommt und sich als Agent eines wertorientierten Solidarismus anbietet.

*

Die Herausgeber dieses Sammelbandes danken allen Autoren für ihre Mitarbeit und Geduld. Über diesen engeren Kreis hinaus wäre er aber ohne die Mithilfe und Kooperation von vielen Freunden und Kollegen nicht möglich gewesen. Besonders profitiert haben wir von den Arbeitsmöglichkeiten im Archiv in der Berliner Stresemannstraße, Peter Munkelt, Astrid Stroh und Natalie Raima sei in diesem Zusammenhang herzlich gedankt. Das Kolloquium der Arbeitsgruppe Parteienforschung an der Universität Göttingen war uns eine zentrale Stütze, in vielen Diskussionen und Gesprächen waren dessen Teilnehmer eine wichtige Inspirationsquelle. Eine spezielle Erwähnung verdient Julia Schmidt, die alle Manuskripte gegengelesen und korrigiert hat. Für alle verbleibenden Fehler sind natürlich wir allein verantwortlich. Schließlich danken wir Frank Schindler vom VS Verlag und unserer umsichtigen Lektorin Christina M. Brian, die die zeitnahe Publikation des Bandes erst möglich gemacht hat.

Göttingen, im Dezember 2006

Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei

Oliver Nachtwey / Tim Spier

1 Einleitung

Man muss kein Freund der Linkspartei sein, um festzustellen, dass das Ergebnis des Wahlbündnisses von WASG und PDS bei den Bundestagswahlen vom 18. September 2005 ein großer Erfolg war. Sie konnte 8,7 % der Zweitstimmen erringen, was nicht nur ausreichte, um die Grünen zu übertreffen, sondern auch mehr als eine Verdopplung des Ergebnisses der Vorwahl darstellte, bei der die PDS mit 4,0 % recht deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war. Über 4,1 Millionen Wähler gaben 2005 der Linkspartei ihre Stimme – 2,2 Millionen mehr als 2002. Damit hatte die Partei absolut wie in Prozentpunkten die höchsten Zuwächse zu verzeichnen, die seit dem als Epochenwechsel interpretierten Wahlsieg der SPD 1998 unter Gerhard Schröder von irgendeiner Partei bundesweit erzielt wurden. Den weit verbreiteten Spekulationen über das endgültige Ende der PDS als bundespolitischer Akteur nach ihrem Ausscheiden als Fraktion aus dem Bundestag 2002 wurde so ein recht jähes Ende bereitet. Doch der erfolgreiche Einzug der Linkspartei in das Bundesparlament erschöpft sich nicht in diesen Zahlen. Er stellt vielmehr eine Zäsur in der Entwicklung des deutschen Parteiensystems dar, denn mit der Bundestagswahl 2005 hat sich nun auch in der Wahrnehmung bisher skeptischer Politikwissenschaftler in der Bundesrepublik ein Fünfparteiensystem etabliert.¹ Nur die Grünen hatten es in der deutschen Nachkriegsgeschichte vermocht, sich dauerhaft Zugang zum deutschen Parteiensystem zu verschaffen.

Der deutschen Parteienlandschaft wird üblicherweise attestiert, dass sie außergewöhnlich stabil ist. Klaus von Beyme hat in seinem vor über 20 Jahren erschienenen Klassiker über die Parteien in westlichen Demokratien das deut-

¹ Vgl. Hilmer, Richard / Müller-Hilmer, Rita: Die Bundestagswahl vom 18. September 2005. Votum für Wechsel in Kontinuität, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1/2006, S. 183-218, hier S. 184; Pappi, Franz Urban / Shikano, Susumu: Regierungsabwahl ohne Regierungsneuwahl, in: Politische Vierteljahresschrift, 4/2005, S. 513-526, hier S. 521ff.

sche Parteiensystem als auffallend resistent gegenüber Neueintritten dargestellt. Drei Faktoren, die den Zugang von neuen Kräften erschweren, nannte von Beyme neben den Hürden unterschiedlicher Wahlrechte, und für alle war Deutschland ein Musterbeispiel.² (1) Eine hohe Identifikation mit den bestehenden Parteien, (2) eine erhebliche Verbundenheit von Parteien und Interessengruppen (wie z.B. Gewerkschaften) und (3) mit der Weimarer Republik die traumatische Erfahrung eines zersplitterten Parteiensystems. Die Parteien, ihre gesellschaftlichen Bindungen wie auch ihre politischen Interaktionsmuster haben sich seit von Beymes Einschätzung erheblich verändert. Durch den Eintritt der Grünen hat sich das Parteiensystem zwar pluralisiert, aber nicht unbedingt polarisiert. Im Gegenteil: In den 1990ern ging der Trend zur Mitte.³ Auch wenn die Grünen „linker“ als die SPD erschienen, waren sie nur ein halber Konkurrent für die Sozialdemokratie. Sie waren keine Partei der Facharbeiter, Verwaltungsangestellten und kleinen Leute, sondern der gebildeten Milieus, der Lehrer, Kulturschaffenden und urbanen Freiberufler. Die Grünen erreichten und erschlossen weitgehend andere gesellschaftliche Milieus und waren kein ernstzunehmender Konkurrent der SPD, weil sie, so die politikwissenschaftliche Semantik, eine andere, die so genannte „postmaterielle Konfliktlinie“ bedienten.

Wie kommt es also, dass sich die Linkspartei als politischer Akteur etablieren konnte? Was waren die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen für den Erfolg der Linkspartei? Wir vertreten in diesem Aufsatz die These, dass der Wandel der SPD eine Lücke der politischen Repräsentation erzeugt hat, die das Bündnis aus WASG und PDS geschickt zu nutzen wusste. Wie Peter Mair, einer der bekanntesten Parteienforscher Europas, betont, sind die meisten Wähler nach wie vor bestimmten politischen Inhalten treu geblieben, nur ihre Loyalität gegenüber den ursprünglich bevorzugten Parteien ist geschwunden.⁴ Die Linkspartei hat bei der Bundestagswahl 2005 Wähler angesprochen, die ihre politischen Positionen nicht gewechselt, aber ihre Bindung an die SPD aufgegeben haben. Somit ist die Linkspartei, metaphorisch gesprochen, „Fleisch vom Fleische der Sozialdemokratie“.

Was waren die Merkmale für diese „günstige Gelegenheit“? Um diese Frage zu beantworten, sollen in diesem Aufsatz die analytischen Konzepte der Parteien- und Bewegungsforschung mit empirischen Daten sowie einer Erläuterung des „Making of“, also der historischen und situativen Entwicklung der günstigen

² Vgl. Beyme, Klaus von: Parteien in den westlichen Demokratien, 2. Auflage, München 1984, S. 38.

³ Vgl. Niedermayer, Oskar: Nach der Vereinigung. Der Trend zum fluiden Fünfparteiensystem, in: Gabriel, Oscar W. / Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Wiesbaden 2002, S. 107-127.

⁴ Vgl. Mair, Peter: Party System Change. Approaches and Interpretations, Oxford 1997.

Gelegenheit verbunden werden. Dazu werden nach einer Erläuterung des Ansatzes erst die elektorale Entkopplung von Arbeiterschaft und Arbeitslosen von der SPD sowie die nach wie vor hohen wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen dieser Gruppen dargelegt. Anschließend wird der Wandel der SPD selbst untersucht. Weiterhin werden die institutionellen Faktoren und ihre Auswirkungen auf die Etablierung der neuen politischen Kraft sowie das Handeln der Akteure ergründet, um den Erfolg bei der Bundestagswahl 2005 zu erklären.

2 Zur Politischen Soziologie von Gelegenheiten

Aus der historischen Distanz ist man sich in der Politischen Soziologie relativ einig, welche Faktoren zur Gründung und Formierung von Parteien geführt haben. Mit der schrittweisen Ausweitung des Wahlrechts bekamen im Laufe des 19. Jahrhunderts ganze Bevölkerungsschichten eine politische Stimme. Ihre Interessen wurden von neuen Parteien aufgegriffen, die sich im Gegenzug der elektoralen Unterstützung dieser Gruppen versichern konnten. Spätestens mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts am Anfang des 20. Jahrhunderts hatten sich die europäischen Parteiensysteme mit konservativen, konfessionellen, liberalen und sozialistischen Parteien in ihren national je unterschiedlichen Ausprägungen ausgebildet. Ungeachtet verschiedener Schwankungen blieben die einmal etablierten Strukturen des Parteienwettbewerbs über viele Jahrzehnte relativ stabil. Eine Tatsache, die die Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan 1967 zu ihrer bekannten Feststellung veranlasste, dass die westeuropäischen Parteiensysteme in den 1960er Jahren im wesentlichen die Strukturen der 1920er Jahre reflektierten.⁵

Die „eingefrorenen“ Parteiensysteme der Nachkriegszeit waren eine schwere Bürde für parteiförmige Neugründungen. Es war zwar nicht unmöglich, jedoch außerordentlich schwierig für neue politische Akteure, sich langfristig zu behaupten. Das lag natürlich auch an der privilegierten Position der etablierten Parteien: Sie hatten die „ursprüngliche politische Akkumulation“⁶, wie Karl Rohe die anfängliche Bindung von Wählersegmenten an bestimmte Parteien nennt, bereits hinter sich und zudem Zugriff auf direkte oder indirekte staatliche Unterstützung. Vor allem seit den 1980er Jahren ist wieder mehr Bewegung in

⁵ Vgl. Lipset, Seymour Martin / Rokkan, Stein: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: Lipset, Seymour Martin / Rokkan, Stein (Hg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York / London 1967, S. 1-64, hier S. 50.

⁶ Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt (Main) 1992, S. 25.

die Parteiensysteme gekommen. Mit neuen sozialen Bewegungen und neuen Parteienfamilien, wie den grün-alternativen oder später den rechtspopulistischen Parteien, haben sich neue Akteure zumindest mittelfristig etabliert.

Für die politische Wissenschaft rückte damit die Frage nach den Bedingungen für Aufstieg und Niedergang, Erneuerung oder Unbeweglichkeit von Bewegungen und Parteien wieder stärker ins Blickfeld. Was sind die Bedingungen für ihren Erfolg, welche Faktoren verhindern ihn? Zunächst wurde und wird versucht, die Chancen von Parteien aus den gesellschaftlichen Strukturveränderungen abzuleiten. Zweifellos haben sich in den entwickelten Industriegesellschaften in den letzten dreißig Jahren gewaltige Umwälzungen vollzogen (vieles ist allerdings auch stabil geblieben, worüber gerne geschwiegen wird). Die Lebenslagen und -stile haben sich modernisiert, genauso wie sich Wertvorstellungen und Normen verändert haben. Allerdings wurde die Bedeutung für den Wandel von Parteiensystemen oftmals überschätzt, da Parteien in diesen Ansätzen vornehmlich das Aggregat und Korrelat der Werte und Interessen ihrer Anhänger sind.

Vernachlässigt und unterschätzt wurde dagegen das komplexe Wechselspiel, das zwischen den Parteien und ihren Führungsfiguren, ihren Anhängern und dem institutionellen Rahmen, in dem sie agieren, stattfindet. Man schenkte der Fähigkeit von Parteien, ihre politische Umwelt zu beeinflussen, zu führen, zu mobilisieren, Themen auf die Agenda zu setzen, Konflikte auszutragen und Entscheidungen herbeizuführen, zu wenig Beachtung. Eine scheinbar banale Feststellung, die jedoch immer wieder unterschlagen wird. Kurzum: Parteien sind nicht nur Objekt, sondern genauso politisch-autonomes Subjekt.⁷ Politische Parteien haben eine soziale Grundlage, sie vertreten bestimmte Interessen und Werte von Bevölkerungsgruppen, auch wenn sie rein zahlenmäßig unter Umständen recht klein sind. Aber nicht jedes noch so legitime Interesse einer gesellschaftlichen Gruppe führt zu einer sozialen Bewegung oder gar zu einer Partei. Rein numerisch sind die Arbeitslosen, die Rentner oder gar die weibliche Hälfte der Bevölkerung eine deutlich größere Gruppe als beispielsweise die Selbständigen, Kernklientel vieler liberaler Parteien. Dennoch haben diese Gruppen keine „eigenen“ Parteien hervorgebracht, sind in andere Parteien inkorporiert worden oder sind schlicht ohne politische Repräsentation geblieben. Für den jeweiligen Modus der Integration von Bevölkerungssegmenten spielt daher das strategische Handeln der Parteien eine herausragende Rolle.

In diesem Aufsatz sollen daher Strukturbedingungen, institutionelle Kontexte und das Handeln der Akteure miteinander verknüpft werden. Es geht uns gerade darum, das ganze Bild der unterschiedlichen Erfolgsbedingungen in den

⁷ Vgl. Sartori, Giovanni: From the Sociology of Politics to Political Sociology, in: Lipset, Seymour Martin (Hg.): Politics and Social Sciences, Oxford / New York 1969, S. 65-100; Mair (Anm. 4), S. 9.

Vordergrund zu stellen und ihr Verhältnis zueinander auszuloten. Hierzu greifen wir auf das Konzept der „politischen Gelegenheitsstrukturen“ zurück, einem institutionalistischen Ansatz, der sich seit den 1970er Jahren herausgebildet hat, um den Aufstieg von neuen sozialen und politischen Bewegungen sowie Parteien zu analysieren.⁸ Politische Gelegenheitsstrukturen darf man dabei – entgegen dem Wortlaut – nicht nur strukturell oder formal verstehen, auch das situative Moment, das jederzeit vorüber gehen kann, ist in dieses Konzept integriert. Wie alle theoretischen Ansätze ist auch dieser in verschiedenen Facetten ausdifferenziert worden, hier werden nur die für unsere Fragestellung relevanten Punkte herausgearbeitet, die damit auch den weiteren Aufbau des Aufsatzes strukturieren.⁹ Folgende Elemente sehen wir als relevant für die Gelegenheitsstruktur des Linksbündnisses an: Die gesellschaftliche Nachfrage, das politische Angebot, den institutionellen Kontext und schließlich das Akteurshandeln. Nachdem wir die Bedeutung der einzelnen Faktoren diskutiert haben, widmen wir uns dem eigentlichen Gegenstand dieses Aufsatzes. Die Abschnitte zum Verhältnis von Nachfrage und Angebot stellen dabei dar, inwiefern 2005 überhaupt eine Einbruchsstelle für eine neue Partei im deutschen Parteiensystem bestanden hat, die Abschnitte zu den institutionellen Faktoren und dem Handeln der Akteure widmen sich dagegen der Frage, wie die Bedingungen für das Bündnis aus WASG und PDS beschaffen waren, um eben diese „Lücke“ anzusprechen.

Abschnitt 3 stellt zunächst die Situation auf der Seite der *gesellschaftlichen Nachfrage* dar. Die Nachfrage nach einem bestimmten Politikangebot hat häufig ihren Ursprung in sozialen, kulturellen und politischen Konflikten und Spaltungen. Diese gesellschaftlichen Konfliktlinien – englisch *cleavages* genannt – bildeten im Verlauf der Demokratisierung und Ausweitung des Wahlrechts im 19. Jahrhundert die Grundlage für die Ausbildung der ersten westeuropäischen Parteien.¹⁰ Sie politisierten die zunächst latenten Konflikte, mobilisierten dadurch Bevölkerungsegmente, die von diesen Konflikten betroffen waren, und schufen

⁸ Vgl. Eisinger, Peter K.: The Conditions of Protest Behavior in American Cities, in: American Political Science Review, 1/1973, S. 11-28; Kitschelt, Herbert: Political Opportunity Structures and Political Protest. Anti-Nuclear Movements in Four Democracies, in: British Journal of Political Science, 1/1986, S. 57-85; Tarrow, Sidney: Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen. Theoretische Perspektiven, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 4/1991, S. 647-670.

⁹ Ähnliche Anwendungen auf Parteien finden sich bei: Diani, Mario: Linking Mobilization Frames And Political Opportunities. Insights From Italian Regional Populism, in: American Sociological Review, 6/1996, S. 1053-1069; Rydgren, Jens: Explaining the Emergence of Radical Right-Wing Populist Parties. The Case of Denmark, in: West European Politics, 3/2004, S. 474-502; Arzheimer, Kai / Carter, Elisabeth: Political Opportunity Structures and Right-Wing Extremist Party Success, in: European Journal for Political Research, 3/2006, S. 419-443.

¹⁰ Vgl. Lipset / Rokkan (Anm. 5), S. 33ff.

so langfristig wirksame Wählerbindungen. Doch diese Bündnisse von Parteien und bestimmten Wählergruppen blieben nicht unverändert. Neue Konfliktlinien entstanden und wurden politisiert, alte Konfliktlinien verloren an Bedeutung. In Bezug auf unsere Fragestellung argumentieren wir, dass die ursprüngliche Bindung traditioneller Wählersegmente an die SPD, insbesondere die der Arbeiter und Arbeitslosen, im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte in erheblichem Maße erodiert ist. Diese beiden Bevölkerungsgruppen einte historisch die Suche nach ökonomischer Sicherheit, gesellschaftlicher Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit und band sie an die Sozialdemokratie, die sich der Lösung der „sozialen Frage“ verschrieben hatte. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach sozialer Gerechtigkeit bemerkenswert stabil geblieben. Trotz einer erheblichen Verschiebung im öffentlichen Diskurs ist eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor davon überzeugt, dass Art und Ausmaß der sozialstaatlichen Versorgung beibehalten oder sogar weiter ausgebaut werden sollen. Dies gilt insbesondere für die Arbeiter und Arbeitslosen. Durch den Rückgang der Bindungen an die SPD bei gleichzeitiger Persistenz wohlfahrtsstaatlicher Orientierungen öffnet sich im deutschen Parteiensystem eine elektorale Nische, die prinzipiell von einer anderen Partei, die die „soziale Frage“ adressiert, ausgefüllt werden kann.

Im folgenden Abschnitt 4 untersuchen wir die Kehrseite der politischen Nachfrage, die *Transformation des politischen Angebots*. Dabei zeigen wir, dass der gesellschaftliche Bedarf nach sozialer Gerechtigkeit im Bundestag sprichwörtlich von keiner Partei mehr repräsentiert wurde. Der Schwerpunkt auf der sozioökonomischen Achse des Parteienwettbewerbs hat sich zu wirtschaftsliberalen Positionen hin bewegt und dadurch im politischen Raum eine Lücke der Repräsentation hinterlassen. Wir untersuchen dafür ausführlich den Wandel der SPD, der Partei, die wie keine andere für sich in Anspruch genommen hat, die Interessen der Arbeiter und Arbeitslosen zu vertreten und von diesen bis vor kurzem auch noch mehrheitlich gewählt wurde. Die nachlassende Bindung der SPD an die Arbeiter liegt unserer Meinung nach in der Transformation der Partei zur „marktaffinen Sozialdemokratie“, die die gesellschaftlichen Bedürfnisse nach sozialer Gerechtigkeit nicht mehr hinreichend umsetzt und repräsentiert. Ergänzend dazu zeigen wir, dass auch die anderen Parteien – durch eine wirtschaftsliberale Konvergenz in ihren programmatischen Positionen – nicht in der Lage waren, die Repräsentationsfunktion für soziale Gerechtigkeit zu übernehmen. Denn: Entgegen klassischen soziologischen und institutionellen Ansätzen hat das Verhalten der etablierten Parteien einen großen Einfluss auf den Erfolg von neuen Parteien.¹¹

¹¹ Vgl. Meduid, Bonnie M.: Competition between Unequals. The Role of Mainstream Party Strategy in Niche Party Success, in: American Political Science Review, 3/2005, S. 347-359.

Nachdem wir mit dem Blick auf das Wechselspiel von politischem Angebot und gesellschaftlicher Nachfrage die Lücke im Parteiensystem skizziert haben, gehen wir in Abschnitt 5 zu den Faktoren über, die den Akteur betreffen, der diese Lücke potenziell ansprechen will. Dabei beginnen wir mit den *institutionellen Rahmenbedingungen* und ihren Wirkungen auf neue politische Akteure. Diese entwickeln ihre Strategien und Ziele nicht in einem luftleeren Raum, sondern innerhalb eines bestimmten politischen Kontextes, der für sie gleichermaßen Restriktion wie Ressource ist.¹² Welchen Einfluss hat das Wahlsystem auf den Formationsprozess neuer politischer Kräfte? Wie gestaltet sich der Zugang zu materiellen Ressourcen, etwa der staatlichen Parteienfinanzierung oder anderen Finanzquellen? Unsere These ist, dass die institutionellen Zugangshürden für neue Parteien in der Bundesrepublik eher ungünstig sind, sie im Falle der WASG aber durch das Wahlbündnis mit der bereits etablierten PDS zügig umgangen bzw. überwunden werden konnten. Überdies haben – wie darzustellen sein wird – paradoxerweise gerade die ablehnende Haltung der SPD gegenüber dem neuen Herausforderer und die daraus resultierenden Maßnahmen die zügige Formierung des Linksbündnisses erst möglich gemacht.

Abschließend widmen wir uns in Abschnitt 6 der Frage des Handelns der *Akteure des Protestes und des erfolgreichen Framings*. Denn eine Gelegenheit muss auch ergriffen, ja kann sogar partiell geschaffen werden. Parteien sind im Dialog auch immer Schöpfer einer für sie vorteilhaften politischen Situation.¹³ Zwei Mittel stehen ihnen dabei zur Verfügung. Zum einen, indem sie eigene Organisationen entwickeln und aufbauen.¹⁴ Zum anderem, indem sie auf mittlerer Ebene politische Ressourcen mobilisieren: durch politischen Druck von Verbündeten, politische Proteste, Demonstrationen und die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit.¹⁵ Für die Ressourcenmobilisierung und das kollektive Handeln spielen verbindende Ideen bzw. kognitive Muster eine zentrale Rolle. Man muss eine gemeinsame Sprache sprechen, die einem neuen Akteur und den einzelnen Aktivisten Deutung, Sinn und Identität verleiht. Diese gemeinsame Sprache ist auch Distinktionsmerkmal, mit dem man sich vom politischen Gegner und seiner Sprache unterscheidet. In der Bewegungsforschung und Wissenssoziologie spricht man in dieser Hinsicht von „Frames kollektiven Handelns“. Diese dienen

¹² Vgl. Meyer, David S.: Protest and Political Opportunities, in: Annual Review of Sociology, 30/2004, S. 125-145, hier S. 127f; grundsätzlich zur „Dualität von Struktur“ vgl. Giddens, Anthony: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt (Main) 1995, S. 77ff.

¹³ Vgl. Duverger, Maurice: Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S. 384.

¹⁴ Vgl. hierzu auch den Beitrag zur WASG von Oliver Nachtwey in diesem Sammelband.

¹⁵ Vgl. Tarrow, Sidney: Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics, 2. Auflage, Cambridge 2001.

Bewegungen und aufsteigenden Parteien dazu, eine eigene Diagnose der Gesellschaft zu entwickeln und zu artikulieren, Probleme zu lokalisieren und Alternativen aufzuzeigen.¹⁶ Unserer Meinung nach war es die Herausbildung eines Protestlagers aus Gewerkschaften und Globalisierungskritikern, das dem Linksbündnis einen außerparlamentarischen Resonanzboden und gesellschaftliche Ressourcen bescherte. Dieses Protestlager zeichnete sich insbesondere durch einen kollektiven Frame der sozialen Gerechtigkeit aus, der eine gemeinsame Wirklichkeitsdeutung und Handlungsperspektiven aufzeigte.

3 Gesellschaftliche Nachfrage

Zunächst zur Frage, inwiefern überhaupt im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eine gesellschaftliche Nachfrage besteht, die die Etablierung einer Partei links der Sozialdemokratie bei der Bundestagswahl 2005 ermöglicht und begünstigt hat.

3.1 Rückgang der SPD-Bindung in der Arbeiterschaft

Die Wurzeln der Sozialdemokratie sind im sozialen Wandel und den daraus resultierenden Konflikten im Gefolge der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts zu suchen. Die neu entstehende und rasch expandierende Industriearbeiterschaft bildete eine sozialstrukturell klar abgegrenzte und in ihrer Interessenlage vergleichsweise homogene soziale Gruppe, die über gemeinsame Abhängigkeits-, Krisen- und Unsicherheitserfahrungen verfügte. Vor allem in den industriellen Zentren der Ballungsräume bildete sich ein eigenständiges sozialistisches Arbeitermilieu heraus, das das soziale und kulturelle Leben seiner Mitglieder „von der Wiege bis zur Bahre“ organisierte und sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands quasi als „politischen Aktionsausschuss“ schuf.¹⁷ Der SPD gelang es im Kaiserreich, ironischerweise noch befördert durch die Repressionserfahrungen im Rahmen der Bismarck'schen Sozialistengesetze, sich als Repräsentantin der Arbeiterbewegung zu etablieren und wurde mithilfe dieser Massen-

¹⁶ Vgl. Snow, David A. / Benford, Robert D.: Master Frames and Cycles of Protest, in: Morris, Aldon D. / McClurg Mueller, Carol (Hg.): *Frontiers in Social Movement Theory*, Yale 1992, S. 133-155; Della Porta, Donatella / Diani, Mario: *Social Movements – An Introduction*, Oxford/Malden 1999, S. 58ff.

¹⁷ Vgl. Lepsius, Mario Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Ritter, Gerhard A. (Hg.): *Die deutschen Parteien vor 1918*, Köln 1973, S. 56-80, hier S. 67.

basis bei den Wahlen von 1890 erstmals stärkste Partei.¹⁸ Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital bildete damit die Grundlage für den elektoralen Erfolg der Sozialdemokratie vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis in die frühe Bundesrepublik hinein. Die sozioökonomische Konfliktlinie gehörte mit dem Konflikt zwischen Staat und (katholischer) Kirche zu den beiden langfristig wirkungsmächtigsten Determinanten der Entwicklung des deutschen Parteiensystems.¹⁹

Der historische Nexus von Arbeiterschaft und Sozialdemokratie darf allerdings gerade auf der Ebene des individuellen Wahlverhaltens nicht als Automatismus verstanden werden. Fast immer wählte eine relative Mehrheit der Arbeiter die SPD, nie aber vollständig oder unbedingt. Gerade bei katholischen Arbeitern und bei den Arbeitern auf dem Lande hatte die Sozialdemokratie lange Zeit erhebliche Mobilisierungsdefizite.²⁰ Für die Wahlen zum Ende des Kaiserreichs kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird der Anteil der SPD in der Arbeiterschaft auf rund 50 % beziffert.²¹ Mit der Spaltung der Arbeiterbewegung in SPD und KPD in der Weimarer Republik teilten sich beide Parteien dann zwischen 40 und 50 % der „proletarischen“ Wähler, wobei die SPD mit etwa 20 bis 30 % die KPD mit rund 15 bis 25 % nur knapp übertraf.²² Und auch in der frühen Bundesrepublik gelang es der SPD nur nach und nach, den größten Teil der Arbeiter auf sich zu vereinen: Während sie in diesem Segment bei den ersten Wahlen 1949 gerade knapp 35 % erzielen konnte, steigerte sie – gerade auch durch Integration der katholischen Arbeitermilieus²³ – diesen Anteil sukzessive und kam in den 1950er bis 1960er Jahren auf einen Stimmenanteil um die 60 %.²⁴

¹⁸ Vgl. Walter, Franz: Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002, S. 1ff; Potthoff, Heinrich / Miller, Susanne: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, Bonn 2002, S. 46ff; Ritter, Gerhard A.: Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: Ritter, Gerhard A. (Hg.): Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland, München 1996, S. 183-226.

¹⁹ Vgl. Gluchowski, Peter M. / Wilamowitz-Moellendorf, Ulrich von: The Erosion of Social Cleavages in Western Germany, 1971-97, in: Anderson, Christopher J. / Zelle, Carsten (Hg.): Stability and Change in German Elections. How Electorates Merge, Converge, or Collide, Westport / London 1998, S. 14-31, hier S. 15ff.

²⁰ Ritter (Anm. 18), S. 216ff.

²¹ Lepsius (Anm. 17), S. 65.

²² Vgl. Falter, Jürgen W. / Bömermann, Hartmut: Die Wählerpotentiale politischer Teilkulturen 1920-1933, in: Lehnert, Detlef / Megerle, Klaus (Hg.): Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 281-305, hier S. 297ff.

²³ Vgl. Lösche, Peter / Walter, Franz: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, S. 298ff.

²⁴ Vgl. Schoen, Harald: Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung, in: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 135-185, hier S. 163f.

Trotz der stets nur unvollständigen elektoralen Ausschöpfung hatte die Arbeiterschaft für die Sozialdemokratie bei Wahlen immer eine weit über historische Reminiszenzen hinausgehende Bedeutung. Dies lag in der industriegesellschaftlichen Prägung Deutschlands begründet: Bis in die 1960er Jahre hinein war die Arbeiterschaft die zahlenmäßig größte Gruppe in der Berufsstruktur, auf dem Höhepunkt der Hochindustrialisierung im ausgehenden 19. Jahrhundert waren 58 % der Erwerbstätigen lohnabhängige Arbeiter.²⁵ Dennoch muss man für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts von einem Bedeutungsverlust dieser Traditionsklientel für die SPD sprechen, wobei es sich lohnt, im Anschluss an die Dealignment-Debatte in der Politikwissenschaft zwei separate Prozesse analytisch zu trennen: den *Rückgang der Gruppengröße* und den *Rückgang der Gruppenkohärenz*.²⁶

Tabelle 1: Die Arbeiter als Wählergruppe 1980-2005 (ab 1990 West/Ost).

	West								Ost				
	1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002	2005	1990	1994	1998	2002	2005
Arbeiter-Anteil an allen Erwerbstätigen	42,3	k.A.	38,9	37,4	35,9	33,0	30,2	28,5	52,3	42,2	40,0	38,5	33,5
SPD-Anteil in der Gruppe der Arbeiter	61	48	52	56	44	53	43	41	25	33	44	41	26
SPD-Anteil in der Gruppe der gew. org. Arbeiter	68	58	63	76	59	67	57	55	k.A.	28	38	57	32
SPD-Anteil in allen Bevölkerungsgruppen	42,9	38,2	37,0	35,7	37,5	42,3	38,3	35,1	24,3	31,5	35,1	39,7	30,4
Linkspartei-Anteil in der Gruppe der Arbeiter	-	-	-	k.A.	1	1	2	8	5	14	19	12	28
Linkspartei-Anteil in der Gruppe der gew. org. Arb.	-	-	-	k.A.	1	k.A.	3	10	k.A.	20	29	11	31
Linkspartei-Anteil in allen Bevölkerungsgruppen	-	-	-	0,3	1,0	1,2	1,1	4,9	11,1	19,8	21,6	16,9	25,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Schoen, Harald (2005): Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung, in: Falter, Jürgen W. / Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden, S. 135-185, hier: S. 163f; 2005: Wahltagsbefragung Infratest dimap.

²⁵ Vgl. auch zu den folgenden sozialstrukturellen Entwicklungen: Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, 2. Auflage, Opladen 1996, S. 166ff.

²⁶ Vgl. Gluchowski / Wilamowitz-Moellendorff (Anm. 19), S. 17ff.

Seit den 1960er Jahren ist im Zuge der Entwicklung hin zur Dienstleistungsgesellschaft der Anteil der Arbeiter an allen Erwerbstätigen stark rückläufig. 1980 waren es in der alten Bundesrepublik noch rund 42 %, um dann bis 2005 auf unter 30 % zu fallen (vgl. Tabelle 1). Durch den Beitritt der neuen Bundesländer verzögerte sich der Rückgang in der *Gruppengröße* noch einmal. Die stark industriegeprägte DDR wies im Jahr der Vereinigung einen um fast 15 Prozentpunkte höheren Arbeiteranteil auf als in der alten Bundesrepublik – ein Faktum, das 1990 die Erwartung prägte, die SPD könne mithilfe dieser Bevölkerungsgruppe hier schnell an ihre Erfolge in der Weimarer Republik anschließen.²⁷ Doch die Deindustrialisierung in den neuen Bundesländern verlief abrupt und holte in wenigen Jahren nach, was in der alten Bundesrepublik Jahrzehnte gedauert hatte: 2005 belief sich der Arbeiteranteil im Osten noch auf gerade einmal 33,5 %, ein Wert, der nur knapp über dem westdeutschen Stand lag. Der Rückgang der relativen Größe der Arbeiterschaft schmälerte den elektoralen Wert dieser Zielgruppe für die SPD. Dies war schon früh absehbar und führte zu einem Strategiewechsel, der auf die Gewinnung neuer Wählerschichten ausgerichtet war und mit dem Wandel von der Arbeiterpartei hin zur Volkspartei charakterisiert wurde.

Im Gegensatz zu der rückläufigen Gruppengröße der Arbeiter blieb die Bindung innerhalb dieses schrumpfenden Bevölkerungssegments lange Zeit erstaunlich stabil. Die *Gruppenkohärenz*, also der Grad an Geschlossenheit in Bezug auf die Wahl der SPD, veränderte sich in den 1950er und 1960er Jahren kaum und schwankte um einen Wert von 60 %.²⁸ Bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern konnte sie sogar zeitweise weit über 70 % der Stimmen auf sich vereinen. Doch seit den 1980er Jahren ist in Westdeutschland eine allmähliche Erosion der Bindung der Arbeiter an die Sozialdemokratie zu beobachten (vgl. Tabelle 1). Bei der Bundestagswahl 2005 konnte die SPD hier nur noch 41 % erzielen, und selbst bei den so treuen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern kam sie nur noch auf 55 %. Dieser Dealignment-Prozess wird besonders deutlich, wenn man statt der bisher angeführten Anteile der SPD im Arbeitersegment einen anderen Indikator heranzieht, den so genannten Thomsen-Index²⁹, der den Arbeiteranteil zu den Popularitätsschwankungen der Partei in der Gesamtbevölkerung

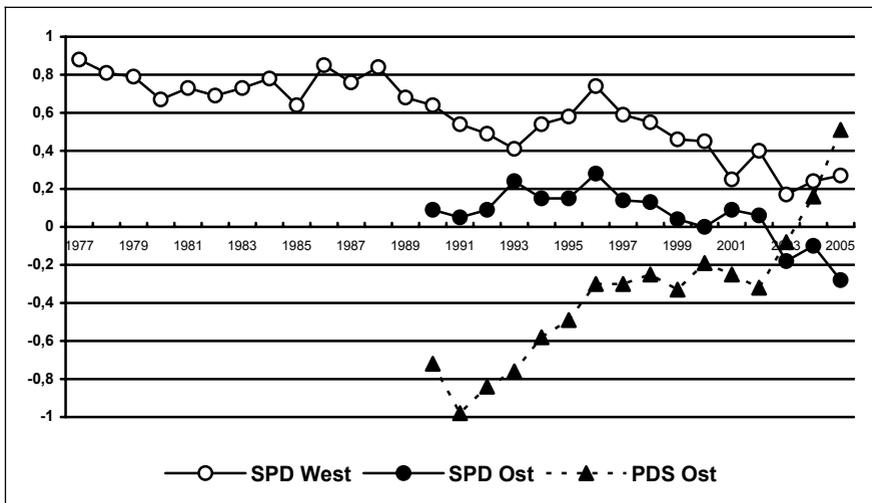
²⁷ Vgl. Walter, Franz: Sachsen – ein Stammland der Sozialdemokratie?, in: Politische Vierteljahresschrift, 2/1991, S. 207-231, hier S. 207f; Schmitt, Karl: The Social Base of Voting Behaviour in Unified Germany, in: Anderson, Christopher J. / Zelle, Carsten (Hg.): Stability and Change in German Elections. How Electorates Merge, Converge, or Collide, Westport / London 1998, S. 33-54, hier S. 33f.

²⁸ Vgl. auch zu den folgenden Anteilswerten: Schoen (Anm. 24), S. 163f.

²⁹ Vgl. Thomsen, Søren Risbjerg: Danish Elections 1920-79. A Logit Approach to Ecological Analysis and Inference, Århus 1987; Nieuwbeerta, Paul: The Democratic Class Struggle in Twenty Countries 1945 – 1990, Amsterdam 1995.

ins Verhältnis setzt.³⁰ Betrachtet man die Bindung der Arbeiter an die SPD im Westen der Republik (vgl. Abbildung 1), so wird deutlich, dass sie schon während der späten sozialliberalen Koalition in den frühen 1980er Jahren erheblich zurückging, sich dann aber in den Jahren der Opposition seit 1982 wieder stabilisierte.³¹ Eine zweite Phase der Erosion begann in den ausgehenden 1980er Jahren, um sich bis Mitte der 1990er noch einmal zu stabilisieren. Ab 1996 ist eine Entfremdung der Arbeiter von der SPD zu beobachten, die bisher ungekannte Ausmaße annimmt. Seit 2001 wählen die Arbeiter im Westen die SPD nur noch leicht überdurchschnittlich.

Abbildung 1: Bindung der Arbeiter an SPD und PDS 1977-2005 (ab 1990 West/Ost).



Quelle: Politbarometer Jahreskumulationen 1977-2004; WZB Nachwahlbefragung 2005 (jeweils eigene Berechnung, gewichtet). Die Entwicklung der PDS West wurde wegen niedriger Fallzahlen nicht dargestellt.

³⁰ Der Thomsen-Index stellt die Wahrscheinlichkeit eines Arbeiters, die SPD zu wählen, mit der Gegenwahrscheinlichkeit ins Verhältnis. Das Ergebnis wird durch den gleichen Quotienten für alle übrigen Personen dividiert. Abschließend wird hiervon der natürliche Logarithmus berechnet. Das Ergebnis ist so zu interpretieren, dass ein Wert größer Null eine erhöhte Wahrscheinlichkeit eines Arbeiters darstellt, die SPD zu wählen. Für einen Wert kleiner Null gilt das Gegenteil. Beträgt der Thomsen-Index genau Null, so unterscheidet sich das Wahlverhalten der Arbeiter nicht vom Rest der Bevölkerung. Vgl. hierzu ausführlich: Schoen (Anm. 24), S. 165ff.

³¹ Vgl. hierzu auch: Feist, Ursula / Krieger, Hubert / Uttitz, Pavel: Das Wahlverhalten der Arbeiter bei der Bundestagswahl 1983, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 7/1983, S. 414-425.

Im Osten der Republik hatte die SPD seit der Wende im Jahr 1989 mit erheblichen Akzeptanzproblemen zu kämpfen – nicht nur, aber gerade auch in der Arbeiterschaft. Die hier seit der Vereinigung mit der KPD 1946 nicht mehr bestehende Partei musste 1989 unter schwierigen Bedingungen neu gegründet werden: Die Parteiorganisation war erst im Aufbau begriffen, eine Verankerung in Gewerkschaften und anderen Vorfeldorganisationen fehlte gänzlich, und auch die wenigen Mitglieder stammten zumeist mehr aus systemoppositionellen Pfarrhäusern, denn aus Arbeiterhaushalten.³² 40 Jahre „real existierender Sozialismus“ hatten zudem die traditionellen Bindungen der Arbeiter an die Sozialdemokratie in ihren historischen Hochburgen im industriell geprägten ehemaligen Mitteldeutschland gekappt.³³ Hinzu kamen situative Faktoren, etwa die Skepsis großer Teile der West-SPD, insbesondere ihres Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine, gegenüber einer schnellen Vereinigung beider deutscher Staaten, die Helmut Kohl im Wahlkampf in den neuen Bundesländern geschickt zu nutzen wusste. So konnte die SPD bei der ersten gesamtdeutschen Wahl im Osten gerade einmal 24,3 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen, in der Gruppe der Arbeiter waren es mit 25 % nur unbedeutend mehr. Die Enttäuschung über den rapiden Deindustrialisierungsprozess und die grassierende Arbeitslosigkeit führte 1998 und 2002 zwar zu einer Annäherung der SPD-Wahlergebnisse an die Situation in Westdeutschland.³⁴ Doch zu einer Arbeiterpartei konnte sich die Ost-SPD nie entwickeln. Sehr aussagekräftig ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die SPD in der meinungsführenden Kerngruppe der Arbeiterschaft, den gewerkschaftlich Organisierten, in den neuen Bundesländern bis 2002 schlechter abschnitt, als dies bei allen Arbeitern insgesamt der Fall war (vgl. Tabelle 1). Etwas Vergleichbares lässt sich in der gesamten Geschichte der westdeutschen SPD nicht nachweisen. Betrachtet man zudem den Thomsen-Index in Abbildung 1, so wird deutlich, dass die Bindung der Arbeiter an die Ost-SPD immer deutlich hinter dem Wert im Westen zurückblieb, beide zudem seit 1996 mit stark fallender Tendenz. Seit 2003 weist die Ost-SPD überdies einen negativen Indexwert auf, d.h. die Wahrscheinlichkeit, die SPD zu wählen, ist bei den Arbeitern sogar geringer, als dies im Rest der Bevölkerung der Fall ist.

³² Staritz, Dietrich: Über die andere deutsche Gesellschaft. Die „DDR“ und die Einheit Deutschlands, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 11/1990, S. 676-684, hier S. 683.

³³ Vgl. Walter, Franz / Dürr, Tobias / Schmidtke, Klaus: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Bonn 1993.

³⁴ Vgl. Arzheimer, Kai / Falter, Jürgen W.: Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 49-50/2002, S. 27-35.

Die Verbindung der SPD zu ihrem „historischen Subjekt“, der Arbeiterschaft, ist somit zumindest auf der elektoralen Ebene weitgehend geschwunden. Im Westen wählen die Arbeiter nur noch leicht überdurchschnittlich, im Osten sogar unterdurchschnittlich die einstige Arbeiterpartei. Trotz des anhaltenden Schrumpfungsprozesses bleibt diese sozialstrukturelle Gruppe jedoch mit mehr als 10,7 Millionen größtenteils wahlberechtigten Mitgliedern (2005) ein politischer Faktor von großer Bedeutung. Und gerade bei rückläufigen Bindungen an die Sozialdemokratie bietet sich für andere Parteien die Gelegenheit, in dieses Segment einzudringen und neue Bindungen aufzubauen. Der Prozess, in dem sich bestimmte Bevölkerungsgruppen von einer Partei ab- und einer anderen zuwenden, wird in der politikwissenschaftlichen Debatte zumeist als *Realignment* bezeichnet.³⁵ Spätestens mit der Bundestagswahl 2005 verdichten sich Anzeichen dafür, dass es zu einem Realignment der Arbeiter von der SPD hin zur PDS bzw. der neuen Linkspartei kommen könnte.

Das Verhältnis der SED-Nachfolgepartei PDS zur Arbeiterschaft war nach der Wende 1989 mehr als getrübt. Im „Arbeiter- und Bauernstaat“ DDR war die sozioökonomische Konfliktlinie – entgegen den Beteuerungen der Staats- und Parteiführung – nie verschwunden, sie hatte sich lediglich transformiert und mangels demokratischer Wahlen auch nicht die Möglichkeit, sich parteiförmig auszudrücken.³⁶ Die Verstaatlichung großer Teile der Wirtschaft beendete zwar den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, an seine Stelle trat aber ein ganz ähnlicher Konflikt zwischen Arbeit und staatlicher Planungsbürokratie, wobei letztere – gleich den Unternehmern in einer Marktwirtschaft – ein Interesse an einer effizienten Produktion und an Sollerfüllung durch die Arbeiter hatte. Der blutig niedergeschlagene Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 war zudem der Beweis, dass die DDR-Administration gegenüber Streiks gegen Arbeitsnormerhöhungen durchaus härter durchgreifen konnte, als es in zeitgenössischen Marktwirtschaften der Fall war. So kann es dann auch wenig verwundern, dass bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen 1990 im Osten gerade einmal 5 % der Arbeiter die PDS wählten – bei einem ostdeutschen Schnitt von insgesamt 11,1 %. Abbildung 1 zeigt deutlich, dass es im Verlaufe der 1990er Jahre dann zu einer allmählichen Normalisierung im Wahlverhalten der ostdeutschen Arbeiter kam, die die PDS nur noch leicht unterdurchschnittlich wählten. Das Jahr 2003 markiert dann für die Ost-PDS einen ähnlich paradigmatischen Wendepunkt, wie für die Ost-SPD: Parallel zu deren Verlusten in der Arbeiterschaft konnte die PDS in diesem Wählersegment große Gewinne verbuchen. Bei der Bundestagswahl 2005 wurde die

³⁵ Vgl. Key, Valdimer O.: Secular Realignment and the Party System, in: Journal of Politics, 2/1959, S. 198-210.

³⁶ Vgl. Schmitt (Anm. 27), S. 36f.

Linkspartei im Osten mit 28 % sogar noch vor der SPD stärkste Partei in der Gruppe der Arbeiter. Die Ursachen sind vielfältig und sicherlich eher auf der Seite des politischen Angebots zu suchen (vgl. Abschnitt 4), allerdings sei hier schon einmal darauf hingewiesen, dass die PDS – spiegelverkehrt zur Ost-SPD – bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern fast immer besser abschnitt, als bei den Arbeitern insgesamt. Die vergleichsweise gute Verankerung in diesem meinungsführenden Segment dürfte den Realignment-Prozess begünstigt haben.

In den Ländern der alten Bundesrepublik hatte die PDS von vornherein einen schweren Stand.³⁷ Sie wurde gerade in der Anfangszeit vor allem als SED-Nachfolgepartei wahrgenommen, die sich für Jahrzehnte von Diktatur und Unterdrückung verantwortlich zeichnete. Zwar ist davon auszugehen, dass die dauerhafte politische Präsenz der PDS im Bundestag und den ostdeutschen Landtagen zu einem allmählichen Abbau der Bedenken und einer gewisse Gewöhnung an die Partei auch im Westen beigetragen hat, gleichzeitig wurde der PDS gerade durch ihre konsequente Vertretung ostdeutscher Interessen immer eine Ost-Identität zugeschrieben, die bei den westdeutschen Wählern, selbst überzeugten Linken, eine kulturelle Fremdheit aufkommen ließ.³⁸ Zudem musste die Partei im Westen erst einmal Organisationsstrukturen und einen gewissen Mitgliederstand aufbauen. So verwundert es kaum, dass die Partei in den alten Bundesländern bei den Bundestagswahlen bis 2002 nie über 1,2 % der gültigen Stimmen gelangte. Eine spezifische Aversion der Arbeiter gegenüber der PDS über allgemeine westdeutsche Ressentiments hinaus hat es – im Gegensatz zur Situation in Ostdeutschland – aber wohl nicht gegeben. Soweit Umfragen für eine im Westen derart marginale Partei belastbare Aussagen liefern können, ist von keiner systematischen Über- oder Unterrepräsentation auszugehen (vgl. Tabelle 1). Die scheinbar hoffungslose Situation der PDS im Westen änderte sich drastisch mit dem gemeinsamen Wahlantritt von WASG und PDS unter dem Label „Linkspartei“ bei der Bundestagswahl 2005. In den alten Bundesländern konnte sie mit 4,9 % ihren Stimmenanteil auf Anhieb mehr als vervierfachen. Erstaunlicher noch: Im Segment der Arbeiter fiel der Erfolg der Linkspartei mit 8 % noch deutlicher aus. Bei den gewerkschaftlich organisierten konnte sie sogar 10 % erzielen. Für eine Partei, die im Westen bis zu dieser Wahl elektoral praktisch nicht vorhanden war, eine erstaunliche Entwicklung.

³⁷ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Michael Koß in diesem Sammelband.

³⁸ Vgl. Meuche-Mäker, Meinhard: Die PDS im Westen 1990-2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke, Berlin 2005, S. 70ff.

3.2 Rückgang der SPD-Bindung bei den Arbeitslosen

Während die Arbeiterschaft die Traditionsklientel der SPD schlechthin bildete, ist die Beziehung der Sozialdemokratie zur sozialstrukturellen Gruppe der Arbeitslosen schon immer eine schwierigere gewesen. Von einem theoretischen Standort aus mag die These, dass Arbeitslose eine interessen geleitete Affinität zu sozialdemokratischen Parteien haben, eine große Plausibilität haben. Nicht ohne Grund ist in der empirischen Forschung zum Wahlverhalten der Arbeitslosen auch immer die so genannte „Klientelhypothese“ diskutiert und untersucht worden, nach der Arbeitslose sozialdemokratische Parteien wählen, da sie dem Thema Arbeitslosigkeit eine große Bedeutung zumessen und sich insofern den Interessen dieser Klientel widmen.³⁹ Betrachtet man das Verhältnis von Arbeitslosen und SPD jedoch von einer historischen Warte aus, so ist es angebracht, zunächst einige Fragezeichen hinter die Affinitätsbehauptung zu setzen.

Arbeitslosigkeit ist ein relativ junger Begriff. In Deutschland wurde er erst mit Beginn der statistischen Erfassung des Phänomens am Ende des 19. Jahrhunderts populär und manifestierte sich auch erst in dieser Zeit als soziale Kategorie.⁴⁰ Das „Ohne-Arbeit-sein“ war in weiten Teilen der Industrialisierung keine Massenerscheinung, oft nur ein Problem des Übergangs und vor allem ein Phänomen, dass die ungelerten Tagelöhner betraf, die tatsächlich häufig Arbeit suchen mussten. Die soziale Trägergruppe der Arbeiterbewegung, sowohl in Gewerkschaften wie auch in der Partei, waren aber vor allem die Facharbeiter, die so genannte „Arbeiteraristokratie“.⁴¹ Diese waren gegenüber den oft verächtlich als „Lumpenproletariat“ bezeichneten Tagelöhnern nicht gerade aufgeschlossen, Ressentiments gegen diese waren auch in der Sozialdemokratie weit verbreitet: Einerseits, weil man Arbeitslosigkeit mit Landstreichertum, Kriminalität und Prostitution in Verbindung brachte, andererseits, da man die freien Arbeitskräfte als unerwünschte Konkurrenz und potenzielle „Lohnrücker“ fürchtete.⁴² Erst die erzwungene Solidarität während der Zeit der Verfolgung im Rah-

³⁹ Vgl. Rattinger, Hans: Politisches Verhalten von Arbeitslosen. Die Bundestagswahlen 1980 und 1983 im Vergleich, in: Oberndörfer, Dieter (Hg.): Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Folgen für das politische Verhalten in der BRD, Berlin 1985, S. 97-130; Faas, Thorsten / Rattinger, Hans: Politische Konsequenzen von Arbeitslosigkeit. Eine Analyse der Bundestagswahlen 1980 bis 2002, in: Wüst, Andreas M. (Hg.): Politbarometer, Opladen 2003, S. 205-238.

⁴⁰ Vgl. Zimmermann, Bénédicte: Arbeitslosigkeit in Deutschland. Zur Entstehung einer sozialen Kategorie, Frankfurt (Main) 2006, S. 27ff.

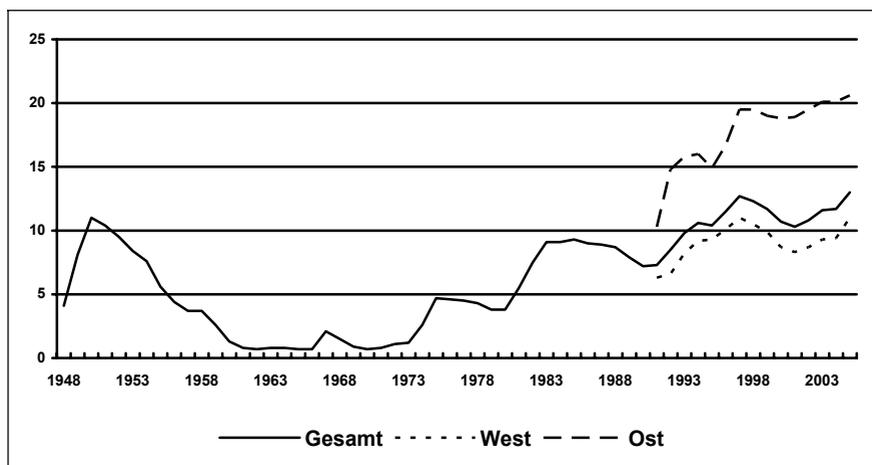
⁴¹ Vgl. Ritter (Anm. 18), S. 205.

⁴² Vgl. Zimmermann (Anm. 40), S. 50f.

men der „Sozialistengesetze“ half, die soziale Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft ansatzweise zu überwinden.⁴³

Doch in der Weimarer Republik traten – gerade unter dem Eindruck von Massenarbeitslosigkeit – die Brüche in der Arbeiterbewegung wieder auf und manifestierten sich parteipolitisch in der Konkurrenz von SPD und KPD. Die Sozialdemokratie repräsentierte in der Regel die besser ausgebildeten Arbeiter und eine Minderheit von Angestellten, während die Kommunisten – ungeachtet eines gewissen Rückhalts in der Metallarbeiterschaft – vor allem ungelernete Arbeiter und Arbeitslose ansprachen.⁴⁴ Es fiel der KPD leicht, Ressentiments gegen die „Verbonzung“ der Regierungspartei SPD zu schüren, die gerade bei jugendlichen Arbeitslosen auf fruchtbaren Boden fielen. Auf der anderen Seite wurden auch in der Sozialdemokratie die Vorurteile gegenüber dem „Lumpenproletariat“ erneuert. Die erbitterte Feindschaft zwischen den beiden Arbeiterparteien trug tragischerweise nicht unerheblich zum Fall der ersten deutschen Demokratie bei.

Abbildung 2: Entwicklung der Arbeitslosigkeit 1948-2005 (ab 1991 West/Ost).



Quelle: Arbeitslosenquote bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen, Bundesagentur für Arbeit.

⁴³ Vgl. Ritter (Anm. 18), S. 189.

⁴⁴ Vgl. Winkler, Heinrich August: Weimar 1918 – 1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 352.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Spaltung der Arbeiterbewegung in beiden deutschen Staaten überwunden – wenn auch auf höchst unterschiedliche Weise. Während im Osten die beiden Parteien unter Führung der Kommunisten zwangsweise zur SED vereinigt wurden, setzte sich in der Bundesrepublik die SPD als einzig relevante Arbeiterpartei durch. Die westdeutsche KPD wurde nach einigen Anfängerfolgen noch vor ihrem Verbot 1956 zur elektoralen Splittergruppe. Die SPD hatte es in den 1950er Jahren verstanden, das Wählerpotenzial der Kommunisten für sich zu gewinnen.⁴⁵ Das Wahlverhalten der Arbeitslosen in der Frühphase der Bundesrepublik ist bisher kaum untersucht worden, was sicherlich auch an der im Vergleich zu heute vollkommen anderen quantitativen Bedeutung dieser sozialstrukturellen Kategorie liegt. Die Nachkriegsarbeitslosigkeit wurde Ende der 1950er Jahre durch eine Phase der Vollbeschäftigung abgelöst, erst ab 1974 stieg die Arbeitslosenquote wieder nennenswert über ein Prozent (vgl. Abbildung 2). In der Spätphase der sozialliberalen und während der Zeit der christlich-liberalen Koalition wählten die Arbeitslosen im Westen mehrheitlich SPD, mit Anteilswerten in dieser Gruppe zwischen 44 und 55 % (vgl. Tabelle 2). Erst mit Beginn der rot-grünen Koalition sank die Bindung der Arbeitslosen an die Sozialdemokratie auf deutlich unter 40 %.

Tabelle 2: Die Arbeitslosen als Wählergruppe 1980-2005 (ab 1990 West/Ost).

	West								Ost				
	1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002	2005	1990	1994	1998	2002	2005
Arbeitslosenquote der abhängig. zivilen Erwerbspers.	3,8	9,1	8,9	7,2	9,0	10,3	8,5	11,0	k.A.	15,7	19,2	19,2	20,6
SPD-Anteil in der Gruppe der Arbeitslosen	55	49	46	54	44	55	36	38	27	35	55	35	26
SPD-Anteil in allen Bevölkerungsgruppen	42,9	38,2	37,0	35,7	37,5	42,3	38,3	35,1	24,3	31,5	35,1	39,7	30,4
Linkspartei-Anteil in der Gruppe der Arbeitslosen	-	-	-	k.A.	2	2	4	14	9	16	17	16	42
Linkspartei-Anteil in allen Bevölkerungsgruppen	-	-	-	0,3	1,0	1,2	1,1	4,9	11,1	19,8	21,6	16,9	25,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Forschungsgruppe Wahlen (1980-2002: Politbarometer Jahreskumulationen, eigene Berechnung; 2005: Wahltagsbefragung).

⁴⁵ Vgl. Lösche / Walter (Anm. 23), S. 89.

Von diesem Bindungsverlust profitieren konnte die PDS im Westen anfangs kaum. Zwar lag sie in ihrem Diasporagebiet Westdeutschland in den Wahljahren 1994 und 1998 mit zwei Prozent im Segment der Arbeitslosen leicht über dem Schnitt aller Bevölkerungsgruppen, dennoch konnte sie keinen nennenswerten Teil der Arbeitslosen dazu bringen, sie zu wählen. Dies änderte sich mit der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie. Schon bei der Wahl 2002 kam die PDS im Westen bei den Arbeitslosen auf vier Prozent. Damit verdoppelte sie ihren Anteil in dieser Bevölkerungsgruppe und war bei den Arbeitslosen fast viermal so erfolgreich, wie im Schnitt aller Westdeutschen (1,1 %). Spätestens mit der Wahl 2005 scheint sich auch in Bezug auf die Arbeitslosen im Gebiet der alten Bundesrepublik ein Realignment anzudeuten: 14 % der arbeitslosen Wähler gaben der Linkspartei ihre Stimme. Die Gruppe der Arbeitslosen gehört damit zu den wichtigsten Wählersegmenten für die westdeutsche Linkspartei.⁴⁶

Im östlichen Teil Deutschlands lassen sich ähnliche Prozesse verfolgen, wenn auch in ganz anderen Dimensionen. Der soziale Umbruch, der mit der Wiedervereinigung einherging, war gerade in Bezug auf die Arbeitslosigkeit besonders dramatisch. Gab es in der DDR zumindest offiziell keine Arbeitslosigkeit, so veränderte sich dies mit der „Wende“ drastisch: Schon 1991, im Jahr der ersten statistischen Erfassung, betrug die Arbeitslosenquote hier mehr als zehn Prozent. Seit 1997 pendelt die Arbeitslosigkeit konstant um die 20 %-Marke. Für die politischen Einstellungen in Ostdeutschland hat die dauerhafte Arbeitslosigkeit schwerwiegende Konsequenzen, bestimmt dort der Blick auf die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Erfolge doch maßgeblich die Akzeptanz der neuen Gesellschaftsordnung.⁴⁷ Das Versprechen vom Entstehen „blühender Landschaften“ durch eine schnelle Vereinigung, das der damalige Bundeskanzler Kohl 1990 aussprach, wirkte sich insofern fatal aus. So kann es dann auch kaum verwundern, dass die Ost-SPD trotz ihrer schwierigen Ausgangsposition in der Gruppe der Arbeitslosen ob dieser Enttäuschung als Oppositionspartei im Bund schnell Fuß fassen konnte – vor allem zu Lasten der Union. Von 27 % im Jahr 1990 steigerte sich die Sozialdemokratie in diesem Bevölkerungssegment bis 1998 auf 55 %.

Doch mit der Regierungsbeteiligung im Bund mussten die Arbeitslosen in Ostdeutschland erfahren, dass auch die SPD es nicht vermochte, dieses strukturelle Problem in den Griff zu bekommen. Enttäuscht von beiden Volksparteien

⁴⁶ Vgl. hierzu auch Schoen, Harald / Falter, Jürgen W.: Die Linkspartei und ihre Wähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 51-52/2005, S. 33-40, hier S. 36ff.

⁴⁷ Vgl. Vogel, Berthold: Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Konsequenzen für das Sozialgefüge und für die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Wandels, in: SOFI-Mitteilungen, 27/1999, S. 15-22, hier S. 21f.

wandte sich mit der Bundestagswahl 2005 der größte Teil der Arbeitslosen im Osten der Linkspartei zu. Hatte die PDS bis zu diesem Zeitpunkt diese Klientel immer nur unterdurchschnittlich angesprochen, so veränderte die Wahl 2005 die Situation schlagartig: 42 % der Arbeitslosen gaben ihr in Ostdeutschland die Stimme, fast doppelt so viele wie im Schnitt aller Bevölkerungsgruppen. Allein die Arbeitslosen machen nun mehr als ein Achtel der Linkspartei-Wählerschaft im Osten aus.⁴⁸

3.3 *Persistenz wohlfahrtsstaatlicher Orientierungen*

Wie kann der skizzierte Verlust der Bindung der Arbeiter und Arbeitslosen an die Sozialdemokratie und die Ansätze eines Realignments zugunsten der Linkspartei in Ost- wie in Westdeutschland erklärt werden? Im Folgenden soll untersucht werden, inwieweit die Einstellungen zur Frage der sozialen Gerechtigkeit diesen Wandlungsprozess und die Abwanderung von der SPD hin zur Linkspartei begünstigt haben. Im Hintergrund steht dabei die Vermutung, dass sich auf der Seite des politischen Angebots die SPD vom Thema der sozialen Gerechtigkeit absetzt (vgl. Abschnitt 4) und insofern traditionelle Wähler, denen ein starker und gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat weiterhin wichtig ist, einen Grund liefert, sich einer anderen Partei zuzuwenden, die das Thema in ihren Augen besser abdeckt (vgl. Abschnitt 6).

Der moderne Wohlfahrtsstaat westlicher Prägung ist, ganz ähnlich wie die sozialstrukturellen Gruppen der Arbeiter und Arbeitslosen, ein Produkt der Industrialisierung und mit deren sozialen Folgen unmittelbar verknüpft. Die ökonomischen Unsicherheiten, die mit der industriellen Produktionsweise einhergingen, schufen erst die „soziale Frage“, deren Lösung sich die Arbeiterbewegung verschrieb. Der Wohlfahrtsstaat ist die institutionalisierte Antwort auf die wachsenden Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit.⁴⁹ Er entstand entweder direkt durch den politischen Einfluss der Arbeiterbewegung, oder indirekt, wie im Fall der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung in Deutschland, gerade um weitere Erfolge der Arbeiterbewegung zu verhindern. In beiden Fällen dämpfte er die

⁴⁸ Eigene Berechnung aufgrund der WZB Nachwahlbefragung 2005 (gewichtet).

⁴⁹ Vgl. Flora, Peter / Alber, Jens / Kohl, Jürgen: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten, in: Politische Vierteljahresschrift, 4/1977, S. 705-772, hier S. 720f; Flora, Peter / Heidenheim, Arnold J.: The Historical Core and Changing Boundaries of the Welfare State, in: Flora, Peter / Heidenheim, Arnold J. (Hg.): The Development of the Welfare State in Europe and America, New Brunswick / London 1981, S. 17-34, hier S. 22ff.